

WP-4-298 Kapitel 4: Berlin lebt Vielfalt

Antragsteller*in: Bogusz Schmidt (KV Berlin-Reinickendorf)

Änderungsantrag zu WP-4

Nach Zeile 298 einfügen:

Antislawismus entschieden bekämpfen

Antislawismus gilt als "unsichtbare" Diskriminierung, die im Alltag auftritt. Slawischen Personen wird hierbei in der Gesellschaft häufig die Rassismuserfahrung abgesprochen, da sie häufig "äußerlich weiß" sind. Wir erkennen hingegen an, dass slawische Personen und solche mit slawischer Migrationsgeschichte Rassismus erleben. Personen werden Eigenschaften und Verhaltensweisen zugeschrieben, die sie als minderwertig, gewalttätig, primitiv und "nicht richtig europäisch" einordnen. Dabei wird sich nicht an der Hautfarbe, sondern an anderen Merkmalen rassistisch orientiert. Diese Form des Rassismus ist in der deutschen Geschichte von zentraler Bedeutung, da sich ein großer Teil der deutschen Verflechtungs- und Expansionspolitik in Osteuropa abspielte. Betroffene von Antislawismus erleben diesen vor allem im Arbeitsalltag, als auch im Umgang innerhalb der Berliner Verwaltung, welcher eng mit Klassismus verflochten ist. Häufig wird dabei von einem vermeintlichen "Sozialtourismus" gesprochen, der von rechts bis konservativ befeuert wird. Diesen blinden Fleck in der Rassismusdebatte wollen wir angehen, weswegen wir die slawische Diversität in die Diversity Programme des Landes Berlin aufnehmen wollen. Wir wollen daher auch für slawische Menschen ein diskriminierungsfreies Leben ermöglichen und dass sich slawische Diversität im Alltag und in unseren politischen Strukturen widerspiegelt. Notwendig ist daher eine Förderung und Beachtung dessen in der Berliner Forschung und eine Einbindung in der Berliner Bildungspolitik. Slawische Kulturen sollen frei und ohne Angst gelebt werden können, genauso wie der Erwerb und die Förderung slawischer Sprachen. Zudem fördern wir spezifische Sensibilisierungen zum Thema Antislawismus in den Berliner Behörden, sowie slawische Repräsentanz in diesen.

Begründung

Als diverse Partei und als solche, die sich dem Kampf gegen Rassismus verschrieben hat, ist es unsere Pflicht gegen alle Formen der Diskriminierung in Berlin vorzugehen. Antislawismus kommt dabei als "unsichtbare Diskriminierung" häufig in Debatten zur Rassismusbekämpfung zu kurz, obwohl dieser sich tief in der deutschen Geschichte wiederfinden lässt und einen großen Teil der Berliner Bevölkerung betrifft. Diese müssen wir natürlich vor Rassismus ebenfalls schützen, auch und gerade weil Rassismus gegenüber slawischen Personen rassistische Zuschreibungen umfasst, welche sich nicht auf alleinige äußerliche Merkmale beziehen.

(Gemeinsamer Antrag von Klara Schedlich und Bogusz Schmidt)

Unterstützer*innen

Klara Schedlich (LV Grüne Jugend Berlin); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Andreas Rietz (KV Berlin-Reinickendorf); Chantal Münster (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf); Elina Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin); Mika Nyke Lou Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Neele-Sofie Kuhn (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf); Johannes Feldker (KV Berlin-Reinickendorf); Peter Windsheimer (KV Berlin-Reinickendorf); Leonardo Igracki (LV Grüne Jugend Berlin); Philipp Schütz (KV Berlin-Reinickendorf); Laura Paulke (KV Berlin-Reinickendorf); Samantha Fischer (KV Berlin-Reinickendorf); Gaya Palmér (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Friedel Bühler (KV Berlin-Reinickendorf); Lela Sisauri (KV Berlin-

Mitte); Dustin Eikmeier (LV Grüne Jugend Berlin); Jelisaweta Kamm (KV Berlin-Reinickendorf); Janna Voßnacker (KV Berlin-Reinickendorf); Günes Jülide Keskin (LV Grüne Jugend Berlin); Merieme Benali-Jockers (KV Berlin-Reinickendorf); Leander Wendt (KV Berlin-Reinickendorf); Niclas Christ (LV Grüne Jugend Berlin)